

# PROTOKOLL

zur 7. Tagung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Niesky am 01. März 2010

Öffentlich

Anzahl der Stimmberechtigten:	19
davon anwesend:	19
Anzahl der Gäste:	3
Tagesordnung:	siehe Einladung
Tagungsleitung:	Herr Rückert, Oberbürgermeister
Tagungsort:	Jahnhalle Niesky
Beginn:	18.00 Uhr
Ende:	19.55 Uhr

## Gefasste Beschlüsse:

**Beschluss Nr. 05/2010:**  
Jahresrechnung 2008  
Abstimmung: 19/0/0

**Beschluss Nr. 06/2010:**  
Haushaltssatzung 2010  
Abstimmung: 15/2/2

**Beschluss Nr. 07/2010:**  
Beschluss des Stadtrates der Stadt Niesky über eine Stellungnahme zur geplanten Errichtung eines BOS-Digitalfunks in Niesky, Rothenburger Straße 67  
Abstimmung: 15/1/3

**Beschluss Nr. 08/2010:**  
Öffentlich-rechtlicher Vertrag für die Übertragung der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten  
Abstimmung: 18/0/1

**Beschluss Nr. 09/2010:**  
Vergabe nach VOL/A: Lieferung eines Tanklöschfahrzeuges  
Abstimmung: 19/0/0

1. Eröffnung der 7. Tagung des Stadtrates
- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls der letzten Tagung vom 01. Februar 2010 und Bekanntgabe von Beschlüssen

Herr Rückert eröffnet die 7. Tagung und kann die Vollzähligkeit und damit die Beschlussfähigkeit des Stadtrates feststellen. Neben den Vertretern der Presse ist auch Frau Michalk als Rechnungsprüferin der Stadt anwesend.

Die Tagesordnung wird durch die Mitglieder des Stadtrates bestätigt.

Zum öffentlichen Protokoll vom 01. Februar 2010 gibt es seitens der Stadträte keine Einwände oder Veränderungen. Es ist somit bestätigt.

Herr Kagelmann stellt den Antrag, im nichtöffentlichen Teil der Tagung eine Anfrage zu stellen. Das Anliegen wird zur Kenntnis genommen und bestätigt.

## 2. Öffentliche Bürgerfragestunde

Da zur Tagung keine Bürger anwesend sind, fällt die vorgesehene Bürgerfragestunde aus.

## 3. Beratung und Beschlussfassung zur Jahresrechnung 2008

### 3.1 Prüfbericht zur Jahresrechnung 2008

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Herr Rückert Frau Hannelore Michalk, welche als neue Rechnungsprüferin für die Stadt Niesky fungiert und mit der Jahresprüfung 2008 beauftragt wurde. Der Prüfbericht ist allen Stadträten rechtzeitig zugegangen. Frau Michalk wird daher diesen nicht mehr verlesen, sondern nur auf Fragen der Stadträte zum Bericht eingehen.

Eine kurze Einführung zum TOP erfolgt von Frau Hoffmann: Der Prüfbericht ist bereits im Verwaltungsausschuss am 17. Februar von Frau Michalk vorgestellt worden. Das Jahr 2008 war insgesamt ein erfolgreiches Jahr für die Stadt Niesky, denn die Jahresrechnung schließt mit einem Gesamtvolumen der bereinigten Soll-Einnahmen und Soll-Ausgaben von jeweils 16.026.184,30 Euro ab. Dies ist im Detail anhand der Ausführungen im Bericht zur Prüfung der Jahresrechnung für alle Stadträte ersichtlich. Gleichzeitig erklärt die Kämmerin, dass es im Bericht der Rechnungsprüferin berechnete Kritikpunkte gibt. Diese werden mit der damaligen Einführung eines neuen Datenprogramms begründet. Jetzt können im Nachhinein die Kritikpunkte in Angriff und ausgeräumt werden.

Insgesamt kann die Stadt Niesky mit den Ergebnissen aus dem Jahr 2008 zufrieden sein. Frau Hoffmann nimmt dies zum Anlass, den Leitern und Mitarbeitern der Fachbereiche für ihre gute Arbeit zu danken.

Der vorliegende Beschluss ist nach seiner Bestätigung ortsüblich bekannt zu geben und zur Einsichtnahme auszulegen. .

Anschließend dankt Herr Rückert vor allem der Leiterin und den Mitarbeitern des Fachbereiches Finanzen für die gute Arbeit. Gleichzeitig nutzt er die Gelegenheit, auch Frau Michalk für ihren kurzfristigen Einsatz und ihre Arbeit zu danken.

Die von Herrn Adam gestellte Frage zu zwei gleichen Konto-Nummern der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien, die Buchbestände betreffend, (Seite 14 des Berichtes) kann in dieser Beratung kurzfristig nicht beantwortet werden und wird im Nachhinein recherchiert.

**3.2 Beschluss Nr. 05/2010:  
Jahresrechnung 2008**

*Der Stadtrat Niesky bestätigt die Aufstellung und Feststellung des Ergebnisses der Jahreshaushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2008 einstimmig.*

**4. Beratung und Beschlussfassung zum Haushalt 2010 und zur Haushaltssatzung 2010**

**4.1 Haushalt 2010: Vermögenshaushalt, Verwaltungshaushalt und mittelfristige Finanzplanung**

Einführend zum Tagesordnungspunkt informiert Herr Rückert, dass der Beschluss zum Haushalt 2010 in diesem Jahr, anders als in den vergangenen Jahren, erst einen Monat später dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden kann, was sich jedoch insgesamt in der Vorbereitung als günstig erwiesen hat: Der Haushalt 2010 genügt den gesetzlichen Anforderungen und enthält ein beträchtliches Investitionsvolumen. Er zeigt aber auch deutlich auf, dass die Auswirkungen der Finanzkrise nicht spurlos an den kommunalen Haushalten 2010 und vor allem 2011 und 2012 vorbeigehen werden.

Da die Unterlagen zum Tagesordnungspunkt allen Stadträten schriftlich vorliegen und in den Gremien Technischer Ausschuss und Verwaltungsausschuss bereits ausführlich über den Haushaltsplan 2010 beraten wurde, kann sich Frau Hoffmann in ihren Ausführungen kurz halten. Ebenso lag der Entwurf der Haushaltssatzung in der Zeit vom 08. bis 16. Februar 2010 öffentlich aus. Seitens der Bürger wurde die Chance der Einsichtnahme jedoch nicht genutzt.

Festgesetzt wird der Haushaltsplan mit den Einnahmen und Ausgaben von je 18.099.850,00 Euro, davon im Verwaltungshaushalt 13.434.400,00 Euro und im Vermögenshaushalt 4.665.450,00 Euro. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen beträgt 40.600,00 Euro. Verpflichtungsermächtigungen wurden nicht festgelegt. Der Höchstbetrag der Inanspruchnahme der Kassenkredite wird auf 2.000.000,00 Euro festgesetzt. Die Hebesätze für die Grundsteuer A (land- und forstwirtschaftliche Betriebe) werden auf 335 v. H., die Grundsteuer B auf 420 v. H. sowie die Gewerbesteuer auf 390 v. H. festgelegt.

Kurze Ausführungen folgen zu den Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes 2010 der Stadt.

Herr Kagelmann interessiert, ob sich die Entscheidungen des Landtages zur Kürzung der Jugendförderung und des Kreistages zur Kreisumlage in diesem Jahr auch auf die Stadt Niesky auswirken werden.

Herr Rückert: Das Jugendzentrum H.O.L.Z. Niesky ist im Plan mit 22.000,00 Euro Zuweisungen und Zuschüsse ausgewiesen; im vorigen Jahr waren es noch 25.000 Euro. Vom Landtag gibt es bisher noch keine konkreten Hinweise. Daher wird auch keine Kürzung der Jugendförderung geben. Die Kreisumlage ist gegenüber dem Vorjahr sogar etwas geringer, weil Schlüsselzuweisungen zurückgegangen sind, da der Landkreis in seiner mittelfristigen Planung einen Ausgleich nachzuweisen hatte. Im nächsten Jahr wird sich die Kreisumlage um 1,5 Prozent (Landkreis: + 3 Mio. Euro) erhöhen. Auch in den Folgejahren wird es zu einer schrittweisen Anhebung der Kreisumlage kommen müssen. Dies ist im rechtlichen Rahmen bedingt.

Herr Müller erscheint die Anhebung der Gewerbesteuer als nicht richtig, da in der Politik von Steuersenkung für die Unternehmen gesprochen wird. Er ist der Meinung, es wird keine Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer geben.

Herr Rückert informiert über zwei Gründe, die Anlass waren, die Gewerbesteuer zu erhöhen: Einmal lag die Stadt Niesky im Ergebnis der Hebesätze von 2009 in Höhe von 380 v. H. unter dem Landesdurchschnitt (382,5 v. H.), zum Anderen wurde letztmalig die Gewerbesteuer im Jahr 2002 erhöht. Die Erhöhung fand auch vor dem Hintergrund statt, in den nächsten Jahren von einer Gewerbesteuererhöhung absehen zu können.

**4.2 Beschluss Nr. 06/2010:  
Haushaltssatzung 2010**

*Mit 15 Ja-Stimmen, zwei Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen entscheiden sich die Stadträte für den Beschluss Nr. 06/2010:*

*Der Stadtrat der Stadt Niesky beschließt die Haushaltssatzung 2010 einschließlich ihrer Anlagen.*

**5. Bericht zur Haushaltsdurchführung im IV. Quartal 2009**

Der Bericht zur Haushaltsdurchführung des IV. Quartals 2009 liegt den Mitgliedern des Stadtrates schriftlich vor und wird in den Ausführungen von Frau Hoffmann kurz begründet. Unter anderem erläutert die Kämmerin wesentliche Abweichungen vom Haushaltesplan, wobei weitere Planabweichungen in der Jahresrechnung erläutert werden. Einen Schwerpunkt hierbei bildet der Bereich der Fahrzeugunterhaltung aufgrund des veralteten Fahrzeugbestandes, wo auch in diesem Jahr mit beträchtlichen Kosten zu rechnen ist. Ebenso wird es im Vermögenshaushalt zur Bildung einer größeren Anzahl von Haushaltseinnahme- oder -ausgaberechten kommen. Die Vorhaben Sanierung des Wachsmannhauses, Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen, der Neubau der Trauerfeierhalle in Kosel sowie die Fertigstellung des zweiten Fluchtweges an der Grundschule See aus dem Konjunkturprogramm II werden in das Jahr 2010 verschoben.

Stadtrat Barthel weist darauf hin, dass unter Punkt 2 – Zeile Geschäftsausgaben – die Zahlen rechnerisch nicht stimmen können. Frau Hoffmann sagt eine Prüfung und Richtigstellung zu.

Nach kurzen Ergänzungen von Herrn Rückert werden die Ausführungen zur Haushaltsdurchführung im IV. Quartal 2009 durch den Stadtrat zur Kenntnis genommen.

**6. Beschluss Nr. 07/2010:  
Beschluss des Stadtrates der Stadt Niesky über eine Stellungnahme zur geplanten Errichtung eines BOS-Digitalfunks in Niesky, Rothenburger Straße 67**

Die Beschlussvorlage 07/2010 wird vom Leiter des Fachbereiches Technische Dienste, Herrn Bachmann, vorgestellt: Im Jahr 2005 wurde der Beschluss Nr. 15/2005 gefasst, dass Standortfragen, die mit Funknutzung in Verbindung stehen, ausschließlich im Stadtrat zu beraten und zu entscheiden sind. Darauf bezieht sich auch die Vereinbarung über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau des Mobilfunknetzes von 2001. Im aktuellen Antrag zur Errichtung eines BOS-Digitalfunkmastens mit Basisstation an der Rothenburger Straße 67 ist die unmittelbare Wohnbebauung bzw. die Nähe von Kindereinrichtungen zu beachten. Daher ist der Errichtung einer solchen Anlage an diesem Standort nicht zuzustimmen.

Stadtrat Reimann ist der Meinung, dass in der Begründung zum Beschlussantrag der erste mit dem letzten Satz im Widerspruch steht und stellt den Antrag, den letzten Satz zu streichen, da Wohnbebauung und Zentraler Hort sich in unmittelbarer Nähe der Anlage Am Kurzen Haag befinden.

Herr Bachmann will hierzu in der nächsten Beratung des Technischen Ausschusses einen entsprechenden Antrag stellen.

Herr Mrusek hinterfragt, ob denn jeder Betreiber in Niesky seinen eigenen Funkmasten errichten kann und zählt die bereits bestehenden Masten auf.

Es ist schon eine Verpflichtung auch aus genannter Vereinbarung heraus, dass die Stadt hier nicht in diese Entwicklung eingreift, erklärt Herr Bachmann.

Der Oberbürgermeister findet es in Ordnung, dass der Stadtrat mit einem Beschluss immer die Möglichkeit hat, bestimmte Standorte für Funkmasten abzulehnen.

*Der folgende Beschluss Nr. 07/2010 wird durch die Mitglieder des Stadtrates mit 15/3/1 Stimmen entschieden:*

*1. Der Stadtrat der Stadt Niesky beschließt folgende Stellungnahme zur geplanten Errichtung eines BOS-Digitalfunks mit Basisstation für das bundesweite Digitalfunknetz der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Niesky, Rothenburger Straße 67 (Gemarkung Niesky, Flur 3, Flurstück 606).*

*Dem Antrag zur Errichtung o. g. Anlage wird seitens der Stadt Niesky gemäß § 77 Abs. 1 SächsBO nicht zugestimmt.*

*2. Der Beschluss ist ortsüblich bekanntzumachen.*

7. Beschluss Nr. 08/2010:

Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Wahrnehmung von Aufgaben nach der OWiGZuVO

Ausführungen zur Begründung des Beschlusses Nr. 08/2010 gibt es vom Leiter des Fachbereiches Zentrale Dienste, Herrn Tauch: Mit der Neuordnung der Ordnungswidrigkeiten-Zuständigkeit hat die Stadt Niesky als Große Kreisstadt die Aufgabe, nach dem § 49 der Straßenverkehrsordnung Ordnungswidrigkeiten im fließenden Verkehr zu ahnden. Im Verwaltungsausschuss sind hierzu drei Möglichkeiten herausgearbeitet worden: Erstens führt die Stadt Niesky selbst die Geschwindigkeitsmessungen durch, zweitens gibt die Stadt diese an die Stadt Görlitz oder drittens an den Landkreis Görlitz ab. Der finanzielle und personelle Aufwand für die Stadt Niesky selbst wäre zu hoch. Gibt die Stadt die Zuständigkeit an die Stadt Görlitz ab, gäbe es die Möglichkeit des Rückflusses von Geldern; dem gegenüber stehen jedoch die Bereitstellung eines Mitarbeiters an den jeweiligen Messtagen sowie eigene Nachermittlungen. Die dritte Variante beinhaltet die Übergabe der Zuständigkeit an den Landkreis Görlitz. Hier ist die fachliche Kompetenz vorhanden, und seitens der Stadt Niesky wird kein Personal benötigt. Auch die Nachermittlungen werden vom Landkreis selbst wahrgenommen. Dem gegenüber steht allerdings, dass die Stadt Niesky nicht am Überschuss beteiligt wird. Im Ergebnis der Beratung hierzu im Verwaltungsausschuss wird die Übergabe der Zuständigkeit an den Landkreis favorisiert. Hierzu wurde bereits der Entwurf einer Zweckvereinbarung erarbeitet, der dem Beschluss als Anlage beigefügt ist. Der Landkreis plant den Entwurf einer gleichlautenden Zweckvereinbarung für die Städte Weißwasser, Niesky und Löbau. Nach anschließendem Beschluss im Kreistag könnte der Vertrag mit diesen Städten wirksam werden.

Frau Lorenz hinterfragt die Möglichkeit der Einflussnahme der Stadt Niesky, wann und wo gemessen werden kann. Ganz konkret spricht sie Schwerpunkte an, an denen Kinder anzutreffen sind.

Hierzu verweist Herr Rückert auf den § 2 (2) – Zuständigkeiten – der Zweckvereinbarung. Durch ihn wird auch bestätigt, dass auf Schwerpunkte wie an Schulen und Kindergärten sowie auch verkehrsberuhigte Bereiche bereits schon immer geachtet wurde. Herr Rückert vertritt auch die Meinung, dass zukünftig in der Stadt Niesky zahlenmäßig nicht mehr Messungen als bisher durchgeführt werden.

Herr Simmank möchte wissen, ob der Zwang besteht, dass Kommunen Geschwindigkeitsmessungen in ihrem Territorium durchführen. Dies wird vom Oberbürgermeister bestätigt.

Stadtrat Funke fragt sich, ob der Stadtrat mit seiner heutigen Entscheidung nicht zu schnell reagiert und möchte wissen, ob es zwei verschiedene Behörden geben wird, die Geschwindigkeitsmessungen durchführen. Durch Herrn Tauch und Herrn Rückert wird bestätigt, dass zwei unterschiedliche Behörden - Polizei und Landkreis – unterschiedlich tätig sein werden.

Herr Kagelmann akzeptiert einen solchen Beschluss nicht.

Nach einer weiteren kurzen Diskussion, an der sich die Stadträte Polossek, Kagelmann, Funke und Pätzold beteiligten, wird über den Beschluss abgestimmt.

*Der Stadtrat der Stadt Niesky beschließt den Abschluss des in der Anlage beigefügten öffentlichen-rechtlichen Vertrages für die Übertragung der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 49 Straßenverkehrsordnung im fließenden Straßenverkehr mit dem Landkreis Görlitz.*

*Mit einer Stimmenthaltung wird der Beschluss Nr. 08/2010 gefasst.*

Herr Rückert informiert abschließend, dass bei gravierenden Änderungen im Beschluss des Landkreises zum öffentlich-rechtlichen Vertrag für die Übertragung der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten mit den Städten der Stadtrat anschließend darüber beschließen müsste.

8. **Beschluss Nr. 09/2010:**  
Vergabe nach VOL/A: Lieferung eines Tanklöschfahrzeuges LF 20/40

Oberbürgermeister Rückert hat mit seiner Eilentscheidung vom 07. 12. 2009 den Beschluss Nr. 90/2009 zurückgenommen. Es ist dem Stadtrat bekannt, dass ein Bieter Einspruch zur Vergabe erhob, da er nicht den Zuschlag für die Lieferung des Tanklöschfahrzeuges 20/40 erhalten hatte. Aufgrund einer Empfehlung der Vergabestelle des Landkreises wurde der Beschluss aufgehoben. Es erfolgte eine erneute Ausschreibung.

In seiner Begründung zur Beschlussvorlage informiert der Stadtwehrleiter Herr Block als Erstes über die Nachteile der erneuten Ausschreibung, die mit einer Preiserhöhung einherging sowie, dass das Fahrzeug europaweit (ab dem 01. 01. 2010) ausgeschrieben werden musste. Dies zog einen weitaus größeren Verwaltungsaufwand für die Stadt nach sich. Herr Block dankt in diesem Zusammenhang Frau Sturm, die bei der Erarbeitung der Unterlagen große Unterstützung gegeben hat, auch, um einen erneuten Widerspruch auszuschließen.

Sechs Firmen haben die Ausschreibungsunterlagen angefordert; davon haben vier Firmen ein Angebot zugesandt, davon die Firma Schlingmann zwei Angebote. Herr Block informiert kurz zur Auswertung der Angebote für das Tanklöschfahrzeug, welche in Listenform allen Stadträten vorliegt. Das wirtschaftlichste Angebot unterbreitete die Firma Rosenbauer Feuerwehrtechnik GmbH aus Luckenwalde. Die technische Ausstattung des angebotenen Fahrzeuges entspricht den Anforderungen der Ausschreibung. Daher ist der Stadtwehrleiter der Meinung, dass die Firma Rosenbauer den Zuschlag durch den Stadtrat bekommen sollte. Nach der Entscheidung und einer Stillhaltezeit von zehn Tagen kann ab dem 15. März die Bestellung des TLF erfolgen. Die Lieferzeit ist wegen des Konjunkturprogrammes II sehr knapp bemessen, da bis Ende des Jahres abgerechnet werden muss. Die Lieferung bis zum 01. Dezember wird durch die Firma Rosenbauer zugesichert.

Herr Neumann hinterfragt, ob die Stadt mit dem Fahrzeug der Firma Rosenbauer in den nächsten ca. 20 Jahren zufrieden sein wird, oder etwa die Firma Ziegler besser wäre. Er möchte weiterhin wissen, warum die Zahlung bis zum 01. Dezember erfolgen muss.

Herr Block informiert hierzu, dass das Angebot der Firma Ziegler vor dem Bietergespräch mit 10.000,00 Euro teurer angegeben und erst danach korrigiert wurde. Zur zweiten Frage von Herrn Neumann: Um die Fördermittel in Höhe von 80 % voll in Anspruch nehmen zu können, muss die Zahlung bis Ende Dezember erfolgen. Das Konjunkturprogramm II wird mit dem 31. Dezember 2010 auslaufen.

Herrn Funke interessiert, weshalb die bietenden Firmen innerhalb der Ausschreibung so viel Spielraum haben.

Herr Block informierte bereits, dass die technische Seite einer solchen Ausschreibung sehr komplex ist, so dass nicht herstellerspezifisch ausgeschrieben werden konnte.

Herr Simmank ist der Meinung, dass sich die Hersteller von Feuerwehrfahrzeugen in ganz Deutschland an bestimmte DIN-Parameter halten müssten.

Die Europanorm verlangt eine sehr spezifische, detaillierte Beschreibung, erklärt Herr Block.

Nach weiterer kurzen Beratung, an der sich Herr Funke, Herr Barthel und Herr Simmank beteiligen, betont der Stadtwehrleiter, dass die Firma Rosenbauer Feuerwehrtechnik GmbH aus Luckenwalde als ein sehr gutes und verlässliches Unternehmen eingeschätzt wird und dass letztendlich die Anschaffung des Fahrzeuges notwendig ist, und zwar für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

*Nach der Diskussion zum Beschluss 09/2010 entscheiden die Stadträte einstimmig:*

*Der Stadtrat der Stadt Niesky beschließt die Vergabe:*

*Lieferung eines Tanklöschfahrzeugs TLF 20/40 Allrad für die Freiwillige Feuerwehr Niesky-Stadt an die Firma*

*Rosenbauer Feuerwehrtechnik GmbH  
Rudolf-,Breitscheid-Straße 79  
14943 Luckenwalde*

*mit einer Bruttoangebotssumme in Höhe von 248.102,05 Euro.*

## 9. Anfragen und Anträge der Stadträte

Herrn Konschak interessiert, welche Aktivitäten mit den Nieskyer Partnerstädten Albert und Holzgerlingen im Jahr 2010 angedacht sind.

Herr Müller hinterfragt, warum der Jahnsportplatz, der mit großem finanziellem Aufwand rekonstruiert wurde, nicht auch im Winterhalbjahr frei geräumt und genutzt wird. Herr Simmank ergänzt, dass die Bespielung des Platzes auch in der kalten Jahreszeit eine Einnahmequelle bedeutet. Er sollte im nächsten Winterhalbjahr bespielbar gehalten werden. Herr Funke ist der Meinung, dass der Jahnsportplatz anderen Vereinen zur Nutzung angeboten werden muss.

Der Oberbürgermeister stellt in den Raum, ob es denn sinnvoll ist, den Platz auch über das Winterhalbjahr vorzuhalten. Trotzdem sollte diesem Hinweis nachgegangen werden.

Zur Frage von Herrn Konschak erklärt Herr Rückert, dass bereits im Verwaltungsausschuss über eine Einladung nach Albert in der Zeit vom 17. bis 21. Juni 2010 zum Sommerkarneval informiert worden ist. Alle drei Partnerstädte von Albert sind hierzu eingeladen. Interessierte Stadträte können sich in der Stadtverwaltung melden.

Zu Holzgerlingen: Bereits Ende des vergangenen Jahres fragte die Partnerstadt einen Besuch in Niesky an. Außerdem wurde angeregt darüber zu informieren, welche Aktivitäten die Stadt Niesky anlässlich 20 Jahre Deutsche Einheit am 03. Oktober 2010 plant. Herr Rückert geht davon aus, dass es einen Festakt mit Programm geben wird. Zu sonstigen Aktivitäten wird es sicherlich noch eine Abstimmung mit dem Landkreis geben.

Herr Rückert schließt um 19.55 Uhr die öffentliche Beratung und verabschiedet die Gäste.

Niesky, 08. März 2010

Rückert  
Oberbürgermeister

Funke  
Stadtrat

Lorenz  
Stadträtin

Lyß  
Protokoll



